



Das WZB in den Medien Nr. 47/2021

21. April 2021

Printmedien

„Afghanistan liegt immer noch absolut zentral“

Beitrag von Hans-Peter Bartels in: Neue Zürcher Zeitung, 21. April 2021

„Mit Leben gefüllt“

Michael Zürn zitiert in: Der Tagesspiegel, 21. April 2021

„Studenten in Klausur“

Jutta Allmendinger zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. April 2021

„Laschet ist ein Kandidat ohne Charisma und Profil“

Interview mit Wolfgang Merkel in: Rhein-Neckar-Zeitung, 21. April 2021

„Der Fluch der Funktionäre“

Wolfgang Schroeder zitiert in: Der Tagesspiegel, 20. April 2021

Online-Medien

[Zurück zum Auto - Wie sich Mobilität in der Pandemie verändert](#)

Interview mit Andreas Knie in: NDR Podcast (ab Minute 11:26), 21. April 2021

[„Angela Merkel must beat the pandemic to save her legacy. Time is running out“](#)

Wolfgang Merkel zitiert in: CNN, 20. April 2021

[„Ein Jahr Querdenken“](#)

Interview mit Sophia Hunger in: ARD Audiothek (ab Minute 16:55), 19. April 2021

„Kann SIE die neue Merkel werden?“

Michael Zürn zitiert in: Bild.de, 19. April 2021

[„BR24Live: Baerbock oder Habeck? Die Entscheidung“](#)

Wolfgang Schroeder zitiert in: BR24, 19. April 2021

[„Dunkelgrüne Religion“](#)

Beitrag von Udo E. Simonis in: sonnenseite.com, 17. April 2021

Hörfunk/Fernsehen

[„Corona-Maßnahmen: Kritiker sehen Gefährdung der Demokratie“](#)

Interview mit Wolfgang Merkel in: Servus TV (ab Minute 00:55), 16. April 2021

Seite: 14 bis 14
Ressort: Meinung und Debatte
Rubrik: Deutschland
Weblink: <http://www.nzz.ch/>

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 7.209 (verkauft) ¹ 8.313 (verbreitet) ¹

¹ von PMG gewichtet 09/2019

Afghanistan liegt immer noch absolut zentral

Der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan hat weltpolitische Folgen. Die Latte für militärische Kriseninterventionen des Westens wird künftig höher liegen. Gastkommentar von **Hans-Peter Bartels**

War es das wert? Ohne Bedingungen ziehen die USA, zieht die Nato, zieht die Bundeswehr jetzt wieder aus Afghanistan ab. Zurück bleibt das Prinzip Hoffnung. Hoffnung, dass es nicht zu einem neuen Bürgerkrieg kommt, dass nicht die Taliban erneut in Kabul einmarschieren, dass keine grossen Flüchtlingsströme aus dem Land herausbluten. Aber garantiert ist nichts.

Zwanzig Jahre nach den verheerenden Anschlägen vom 11. September 2001 hat sich Amerikas «War on Terror» längst als Feuerlöschoperation und Brandbeschleuniger in einem erwiesen. Usama bin Ladin wurde getötet (in Pakistan), aber in Afghanistan sind die totalitären islamistischen Terrormilizen nicht zerschlagen, nicht besiegt. Talibanfürsten paktieren weiter mit al-Kaida, und die zugezogene Konkurrenz vom Islamischen Staat (IS) wetteifert mit den eingesessenen Jihadisten um territoriale Kontrolle.

«War on Terror»

Zu den Botschaften des amerikanischen Anti-Terror-Kampfes gehörte bisher immer der Hinweis, dass die Bekämpfung der Terroristen in ihren Herkunftsländern sie von Attentaten bei uns abhalte. Je stärker dort der militärische Druck des Westens, desto sicherer sei das Leben in der Heimat. So dürfte etwa die berühmte Formel des früheren deutschen Verteidigungsministers Peter Struck gemeint gewesen sein, Deutschlands Sicherheit werde «auch am Hindukusch verteidigt».

Die amerikanische Theorie, durch weit entfernte Militäroperationen liessen sich islamistische Mordtaten auf Abstand halten, ist ebenso wenig zu widerlegen, wie sie sich beweisen lässt. Vielleicht wäre ohne die militärische Dauerintervention in Afghanistan, ohne den Irakkrieg, ohne gezielte Drohnenangriffe auf Jihadistencamps und Terrorkomman-

deure in Pakistan, Somalia oder Syrien, ohne die gigantische Überwachungs-maschinerie der Nachrichtendienste alles noch viel schlimmer gekommen. Man weiss es nicht, die Geschichte macht keine Experimente.

So aber wie der «War on Terror» sich entwickelt hat, ist abzusehen, dass der gewalttätige totalitäre Islamismus nicht schnell wieder verschwinden wird. Er prägt inzwischen einen Teil der Globalisierung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vor drei Jahrzehnten. Gelungene Counterterrorism-Operationen waren allzu oft kontraproduktiv, indem sie tausendfach Märtyrer hervorbrachten, die den Kampf nur noch fanatischer weiterführten. Im asymmetrischen Konfliktszenario sind der technischen militärischen Überlegenheit, selbst wenn sie total zu sein scheint, Grenzen gesetzt. Erfolge, aber kein Sieg

Der frühere Nato-Befehlshaber in Kabul, der US-General Stanley McChrystal, sagte einmal zur Begründung eines damals gerade anstehenden Strategiewechsels, seine internationalen Truppen seien in nahezu hundert Prozent ihrer «kinetischen Aktionen» erfolgreich – und doch gewinne man «den Krieg» nicht. Wenn nämlich unter normalen Umständen zwei von zehn Angreifern getötet würden, blieben zehn minus zwei gleich acht Kämpfer übrig. Töte man aber zwei von zehn Taliban, dann habe man es hinterher mit zwanzig Kämpfern zu tun, weil Brüder, Clanmitglieder und Stammesangehörige Rache nehmen und die Ungläubigen bestrafen wollten.

Mit einem anderen Bild beschrieb McChrystal die praktischen Schwierigkeiten der Gefechtsführung in diesem sehr fremden Land. Ohne einen einzigen Dolmetscher seien zeitweise ganze US-Kampfbrigaden wie «mit dem U-Boot durch Afghanistan» gefahren:

taub, stumm und blind.

Die ganze Zeit unter Wasser, so mögen sich auch viele der 150 000 deutschen Soldaten gefühlt haben, die über die Jahre Dienst taten in ihren US-Forts und Nato-Burgen. 53 deutsche Soldaten kamen nicht mehr lebend nach Hause. Am Einsatz der bis zu 5000 Köpfe starken deutschen Kontingente lag es nicht, dass am Ende kein anderes Ziel erreicht werden konnte als der eigene Exit. Deutschland ist aus Solidarität mit den USA in deren Anti-Terror-Kampagne eingetreten – als treuer Verbündeter. In den Irak folgte Berlin dann nicht mehr. Entscheidend mitsteuern konnte die deutsche Regierung die amerikanische Afghanistan-Strategie nie.

Wohlfeil scheint im Rückblick die oft geäusserte Kritik, das Ausbleiben durchgreifender Erfolge für Sicherheit und Wohlfahrt des Landes sei auch auf die politisch angeblich zu restriktiv formulierten Einsatzregeln der Deutschen zurückzuführen. Haben doch die US-Streitkräfte selbst mit zeitweise über 100 000 «boots on the ground» in Afghanistan und deutlich robusteren Einsatzregeln keine nachhaltige Wende zu erzwingen vermocht. Unter den gegebenen Umständen war mehr als ein fragiles Patt militärisch wohl nicht zu gewinnen. Ob vielleicht eine viermal so grosse Interventionstruppe (also mit Stärkeverhältnissen wie in den Balkan-Missionen der Nato) ausreichend Gutes bewirkt hätte, kann niemand wissen. Aber noch mehr Soldaten in dieses «shithole country» (Trump) zu schicken, wäre nicht nur in den USA mit ihrem Vietnam-Trauma spätestens am Widerstand des Parlaments gescheitert.

Demokratie? Wiederaufbau?

Weg mit Schaden! So könnte volkstümlich die allerletzte Afghanistan-Strategie der USA überschrieben sein, der bedingungslose Abzug sämtlicher inter-

nationalen Truppen bis zum 11. September 2021. Alles, was in den vergangenen zwanzig Jahren einmal strategische Priorität hatte, ist jetzt Geschwätz von gestern. Frieden und Freiheit? Nation-Building? Frauenrechte? Demokratie? Gute Regierungsführung? Wiederaufbau? Versöhnung? Wir lassen unsere afghanischen Freunde, die mit uns tapfer gegen die Taliban gekämpft haben, nicht im Stich? Nichts davon gilt mehr. Wer soll solche Versprechen jemals wieder glauben?

Der Verbrauch von Geld, Zeit, Moral und die Opferzahlen waren enorm. Zerstört sind Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Was bleibt? Was kommt? Ein möglicher neuer Bürgerkrieg hätte beliebig viele Konfliktparteien, heute mehr noch als nach dem Abzug der sowjetischen Besetzung 1989. Afghanistan mag ein armes Land geblieben sein, aber es liegt immer noch absolut zentral. Iran und Pakistan, Indien, Russland und China sind direkte oder mittelbare Nachbarn, die Einfluss nahmen und nehmen – und

zwar vermutlich nicht im Sinne einer Allianz zum Wohle eines friedlichen Afghanistan, sondern als antagonistische Mitspieler und Financiers in den Positionsmanövern innerafghanischer Akteure.

Zurück bleibt eine junge Gesellschaft. Nicht alles ist schlecht, was von den zwei Jahrzehnten der amerikanisch geführten Intervention bleibt. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer etwa stieg um zehn Jahre, die Bevölkerung ist auf 38 Millionen gewachsen, und die Hälfte der Afghanen wurde in der Nach-Taliban-Ära geboren – eine extrem junge Gesellschaft. Viele Mädchen und Jungen tragen Jeans und telefonieren mit Handys, sie gehen zur Schule, immer mehr studieren. Möglicherweise können sie einen Unterschied machen. Mittelalter und Moderne leben in den gleichen Provinzen, in den gleichen Wohnvierteln Tür an Tür.

Gäbe es nun vielleicht noch eine erfolgversprechende Alternative zum unkonditionierten Abzug der internationalen

Truppen? Ein besseres Management, realistischere Ziele, ein noch längerer Atem? Nein, kein alternativer Plan, nirgends. Die strategischen Fehler der Vergangenheit haben die Hoffnung auf Erfolg mit der Zeit auf ein Minimum schrumpfen lassen. Schon Präsident Obama wollte den schnellen Abzug, dann Trump, jetzt exekutiert Präsident Joe Biden, was die amerikanische Öffentlichkeit seit langem erwartet: Amerikas längsten Krieg zu beenden. Es ist ein innenpolitischer Befreiungsschlag mit weltpolitischen Konsequenzen. Die Latte für militärische Kriseninterventionen des Westens wird künftig höher liegen.

Hans-Peter Bartels war Abgeordneter des Deutschen Bundestags (SPD), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages (2015-2020). Er ist Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.



Fotograf: Julie Jacobson / AP

Wörter:

1045

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten. © NZZ-Mediengruppe

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH



Autor: Amory Burchard [tmt795z4y83p1s1cf6p8hiz]
Seite: 22

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 74.444 (gedruckt) ¹ 99.526 (verkauft) ¹
 101.675 (verbreitet) ¹

Ressort: WISSEN & FORSCHEN
Rubrik: WISSEN & FORSCHEN

Reichweite: 0,309 (in Mio.) ²

¹ von PMG gewichtet 01/2021

² von PMG gewichtet 07/2020

Mit Leben gefüllt

Interaktiv und respektvoll: Wie das Humboldt-Labor im Berliner Stadtschloss funktionieren kann

Über eine 25 Meter lange und sechs Meter hohe Wand rollt die Katastrophe des 11. Septembers 2001. Die Twin Towers, die Flugzeuge, die hineinfliegen, die Explosionen, das Einstürzen der Türme. Verschiedene Perspektiven auf 24 Leinwandrollen, die ab- und wieder aufgerollt werden. Dann eine kurze Zeit der Stille. Jetzt erscheint der Berliner Politikwissenschaftler **Michael Zürn** und erklärt: „Das Jahr 2001 kann als Wendepunkt angesehen werden, von dem Moment an sind die Anfechtungen des liberalen Skripts stärker geworden.“

Eine Minute spricht der Co-Direktor des Exzellenzclusters „Herausforderungen für die liberale Demokratie“ (Contestations of the Liberal Script) im Video, alle Sätze werden zum Mitlesen verschriftlicht. Und doch ist es kaum möglich, in dieser kurzen Zeit zu erfassen, worum es geht. Auch wenn die brillante Optik der Bilder und der klare Ton, der lauter wird, je näher man an die Wand herantritt, technisch perfekt gemacht sind.

Die eigens für das Humboldt-Labor erfundene interaktive Wand ist für Chefkurator Gorch Pieken das Herzstück dieser universitären Ausstellung im Humboldt-Forum. Doch das Integrative Forschungsinstitut Thesys zu Transformationen von Mensch-Umwelt-Systemen und der an der Freien Universität angesiedelte Exzellenzcluster Liberal Script, die als herausgehobene Beispiele auf der Wand dominieren, bleiben eine schwere Materie für die Wissenschaftsschau, gibt Pieken zu.

Umso gespannter ist er auf die ersten Besucher:innen. Doch wann sie, abgesehen von jetzt beginnenden Presseführungen und Probeläufen, das rekonstruierte Stadtschloss in der Mitte Berlins und damit auch das Humboldt-Labor betreten, ist pandemiebedingt derzeit nicht absehbar. Noch wird auf der Homepage eine Eröffnung „im Frühjahr“ in Aus-

sicht gestellt. Fest steht nur eines: Bis auf wenige letzte Handgriffe ist die Ausstellung fertig. Aber wird sie dann auch „funktionieren“ für die Menschen, die ethnologische Sammlungen, Berlin-Geschichte und eben auch einen Einblick in die Berliner Universitätsgeschichte erwarten?

Sicher ist sich der Chefkurator, dass das Entrée in die Ausstellung gelingt – die Begegnung mit einem interaktiven Fischschwarm, der im Foyer des Labors als Pixelwolke auf einer Art monumentalem Duschvorhang „lebt“ und auf die Bewegung des Publikums mit Gegenbewegungen reagiert. „Die Besucher erfahren intuitiv, dass ihr Tun und Unterlassen Auswirkungen auf ihre Umwelt hat“, sagt Pieken. Diese Simulation stehe außerdem dafür, dass Wissenschaft die Wirklichkeit mithilfe von Modellen erklärt.

Sich dann in nur ein Statement von einer Wissenschaftlerin oder einem Wissenschaftler zu vertiefen, funktioniert schon für sich, denn jedes bilde eine Sinneinheit, versichert der Ausstellungsmacher. Die Wand sei auch ein „pädagogischer Köder, sich auf die Begegnung mit den Wissenschaftler:innen einzulassen“. Und vor der interaktiven und multimedialen Bild-Text-Projektion, die die ganze Länge des Hauptsaaes einnimmt, finden sich in von der Decke hängenden Vitrinen jede Menge weiterer „Köder“, die wiederum mit den auf den Rollen präsentierten Themen interagieren.

Die meisten Objekte stammen aus den historischen Sammlungen der ersten Berliner Universität, die in der DDR-Zeit nach ihrem Gründer Wilhelm von Humboldt und seinem Bruder Alexander, dem großen Naturforscher, benannt wurde.

Spricht auf einem Rollo ein junger Klimaforscher über fatale Umweltfolgen

von Staudammprojekten etwa in Brasilien, lassen sich in der dritten Vitrinenreihe die Karten eines heute betroffenen Flusslaufs entdecken, der im 19. Jahrhundert von Emilie Snethlage erforscht wurde. Blickfang in der Vitrine sind Glasperlencolliers, die Snethlage bei ihren Reisen von Ureinwohnern erwarb. Auch sie überdauerten – und halfen aus ihrer Heimat vertriebenen Nachfahren der damaligen Schmuckkünstlerinnen, ihre regionale Herkunft zu beweisen, erzählt Pieken.

Das ist eines von unzähligen Beispielen aus der Ausstellung, die Forschungsgeschichte und ihre Vernetzung bis in die heutige Zeit anschaulich erzählen. Und das auch quer zur bekannten, von männlichen Protagonisten dominierten Wissenschaftsgeschichte, indem etwa klassische Gelehrtenporträts von einer jungen Künstlerin mit einem ironischen Bildkommentar versehen werden: Das Raffael-Fresko der „Schule von Athen“ wird mit gut zwei Dutzend berühmten Frauen nachgestellt – von Hannah Arendt bis Greta Thunberg.

Solche künstlerischen Brücken, auch über Leerstellen hinweg, haben Pieken und sein Team mehrfach in die Ausstellung eingebaut. Als widerständige Identifikationsfigur steht der Tank Man des spanischen Künstlers Fernando Sánchez Castillo in einer Vitrine: Das Plastilin-Abbild eines nie identifizierten jungen Mannes, der sich 1989 auf dem Tiananmen-Platz den Panzern entgegenstellte. 5000 Miniaturen der Figur warten auf die Besucher:innen. Wer einen schriftlichen Kommentar zur Demokratie – und für die Forschenden zu den bedrohten „Liberal Scripts“ – hinterlässt, darf einen Tank Man mit nach Hause nehmen. Eine andere Intervention sind „afrikanische“ Masken, die der Künstler Romuald Hazoumé aus Kanistern schnitzte, in denen Benzin von Nigeria

nach Benin geschmuggelt wird. Sie sollen dem Publikum sein Verlangen nach Exotik entgegenhalten, persiflieren die Begeisterung des Westens für „afrikanische Kunst“.

Zum problematischen Erbe der Humboldt-Uni gehören Teile ihres Lautarchivs, die nun entgegen erster Bedenken doch ausgestellt werden. So wurden im Lager Wünsdorf Sprachaufnahmen mit Gefangenen aus dem Ersten Weltkrieg gemacht, denen ihr Beitrag zur Sprachforschung der Berliner Uni-

versität in einer Zwangslage abverlangt wurde. Wer aber heute im Humboldt-Labor die Worte eines sudanesischen Gefangenen hören möchte, muss zuvor seine Biografie lesen und seinen Namen Mohammed ben Sala in ein Mikrofon sprechen – als Geste des Respekts, wie Gorch Pieken sagt.

Respekt gebührt auch ihm und seinem Team dafür, die abstrakte Idee des Humboldt-Labors mit Leben gefüllt zu haben. Jetzt müssen sich der Fisch-Vorhang und die vielen Rollos nur noch für

das echte Publikum öffnen. *Amory Burchard*

Gegen erste Bedenken ist das Lautarchiv doch zugänglich. Foto: HU Berlin/Philipp Plum

In Bewegung. Die Objektvitrinen hängen flexibel von der Decke, die Medienwand im Hintergrund ist interaktiv. Vorne rechts eine Maske von Romuald Hazoumé. Foto: HU Berlin/Plum

Wörter:

877

Seite: N4
Ressort: Natur und Wissenschaft
Seitentitel: Forschung und Lehre

Ausgabe: Hauptausgabe

¹ IVW 4/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 92
Auflage: 209.896 (gedruckt) ¹ 200.883 (verkauft) ¹
 214.445 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,963 (in Mio.) ²

Studenten in Klausur

Verstärkt die Pandemie die Ungleichheit?

Über drei Viertel der Akademikerkinder in Deutschland nehmen ein Studium auf, so eine Erhebung des Deutschen Studentenwerks. Von denen, deren Eltern nicht studiert haben, sind es hingegen nur 23 Prozent, obwohl doppelt so viele von ihnen das Abitur haben. Die soziale Schlagseite verstärkt sich, je weiter es hinaufgeht auf der wissenschaftlichen Leiter: Auf neun Professoren kommt nur einer aus einer nichtakademischen Familie.

Unter Bildungsforschern und -politikern gibt es die Befürchtung, dass die Corona-Pandemie dieses Ungleichgewicht noch verstärken könnte. Gewisse Anzeichen dafür liefert eine Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung aus dem vergangenen Jahr. Ihr zufolge führte die durch die Pandemie schwieriger gewordene finanzielle Situation bei Studenten aus nichtakademischen Elternhäusern eher dazu, dass sie einen Studienabbruch ins Auge fassten, als bei ihren Kommilitonen mit einem akademischen Familienhintergrund. Wie sich eine "Generation Corona" vermeiden lässt, war Thema eines Symposions über soziale Herkunft und Chancengerechtigkeit in der Wissenschaft, veranstaltet von der Hamburg Research Academy, einer Anlaufstelle der Hamburger Hochschulen für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Wäre die akademische Welt eine echte Meritokratie, in der nur wissenschaftliche Leistung zählt, wären die Karrierechancen von Nichtakademikerkindern wahrscheinlich besser. Doch für die universitäre Laufbahn spielen auch Auftreten und Habitus, Selbstvertrauen

und passende Netzwerke eine wichtige Rolle, Faktoren also, die stark vom sozialen Milieu abhängen. Auf diese nur scheinbar "weichen" Faktoren, die sich in der Realität als ziemlich hart erweisen, verwies **Jutta Allmendinger**, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Dieses soziale und symbolische Kapital und die damit verknüpften Chancen werden in Zukunft noch ungleicher verteilt sein, so ihre Prognose. Der Grund: Schon in den Schulen, in denen die Weichen für die spätere Laufbahn gestellt werden, finde im Zeichen der Pandemie eine "Refeudalisierung" statt.

Allmendinger führte als Beleg eigene Studien zur Situation in Berlin an. Demzufolge sind Schulen, die vorwiegend von Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen besucht werden, für das Lernen unter Pandemiebedingungen deutlich schlechter gerüstet als Schulen mit Schülern aus bessergestellten Elternhäusern. Dies gilt vor allem für die digitale Ausstattung der Schulen wie auch der einzelnen Schüler. Die soziale Diversität an den Hochschulen und in der Wissenschaft, die ohnehin schon sehr begrenzt ist, wird durch solche Entwicklungen im schulischen Vorfeld noch weiter schrumpfen, so **Allmendinger**. Ob sich dieser Befund für ganz Deutschland verallgemeinern lässt, ist allerdings fraglich. So wies die Hamburger Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank darauf hin, dass in der Hansestadt Schulen mit schwierigen sozialen Rahmenbedingungen systematisch unterstützt werden, indem sie zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Fördermaßnahmen oder kleinere Klassen, erhalten.

Inwieweit das auch die pädagogisch schädlichen Nebenwirkungen der Pandemiebekämpfung ausgleichen wird, ist allerdings unklar. Daran, dass die bildungspolitischen Langzeitfolgen der Covid-19-Krise gravierend sein werden, besteht jedenfalls kein Zweifel. Die Jugendämter rechnen bundesweit mit einer Verdoppelung der Schulabbrecher. Für die Hochschulen ist die Datenlage zu den Auswirkungen der Pandemie auf die soziale Chancengerechtigkeit noch uneinheitlicher und spärlicher als für die Schulen. Auf die subjektive Wahrnehmung der Pandemie und ihrer Folgen hat die soziale Herkunft offenbar keinen Einfluss: Einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung zufolge empfinden Kinder aus nichtakademischen Familien die Belastungen durch die Einschränkungen nicht stärker als ihre Kommilitonen aus akademischen Elternhäusern.

Die Erziehungswissenschaftlerin Ingrid Gogolin, die über Folgen der Pandemie für Studienanfänger sprach, gab auch einer gewissen forschungspolitischen Frustration Ausdruck. Zwar sei eine Unmenge an Forschungsprojekten zur Bildungsbenachteiligung gelaufen, aber Konsequenzen ziehe man nicht daraus. Stattdessen würden immer neue Themen kreiert. "Wir haben in der Bildungspolitik kein Gedächtnis", resümierte Gogolin. Mit einer Spitze gegen die "Modellrepublik" Deutschland schloss sich **Jutta Allmendinger** dieser Kritik an.

WOLFGANG KRISCHKE

Wörter: 571

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Autor: ar
Seite: 2
Ressort: Politik
Rubrik: Heidelberger Nachrichten

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 32.788 (gedruckt) ¹ 30.642 (verkauft) ¹
 31.749 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,135 (in Mio.) ²

¹ von PMG gewichtet 01/2021

² von PMG gewichtet 07/2020

„Laschet ist ein Kandidat ohne Charisma und Profil“

Politikwissenschaftler **Wolfgang Merkel** sieht die Union beschädigt – Aus Bayern könnte der Rückhalt für die Bundestagswahl fehlen

Von Alexander Rechner
 Berlin/Heidelberg, Politikwissenschaftler **Wolfgang Merkel** (69; Foto: David Ausserhofer) vom Wissenschaftszentrum Berlin analysiert den Machtkampf in der Union und geht auf die Folgen für die Bundestagswahl ein. **Merkel** lehrte von 1998 bis 2004 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Heidelberg. Heute ist er an der Berliner Humboldt-Universität tätig.

Herr Professor Merkel, Armin Laschet hat den Machtpoker in der Union für sich entschieden und ist der Kanzlerkandidat von CDU und CSU. Hat wirklich der Bessere gewonnen?

Für die Bundestagswahl hat die Union die schlechtere Wahl getroffen. Die CDU hat bei ihrer Entscheidung in der K-Frage ins chaotische Innere ihrer eigenen Partei geschaut. Wir konnten eine nervöse Volkspartei im Niedergang erleben.

Ist dieser harte Machtkampf in der Union auch eine Zäsur für Deutschland? Die Union hat sich im hohen Maß selbst geschadet. Dies wird die beiden Schwesterparteien CDU und CSU möglicherweise ihre führende Position in Deutschland kosten. Aber eine Zäsur liegt erst dann vor, wenn die Grünen die Kanzlerin stellen.

Laschet geht mit der Hypothek in den Wahlkampf, dass ein Viertel des Parteivorstands und ein unbekannter Anteil

des Parteivolks ihn nur für den zweitbesten Kandidaten gehalten haben. Ist damit der Bundestagswahlkampf für die Union schon gelaufen?

Nein. Der Wahlkampf ist noch nicht gelaufen. Der Ausgang der Bundestagswahl hängt vor allem vom weiteren Verlauf der Pandemie ab. Sollte die Coronawelle sicher unter Kontrolle gebracht worden sein, werden die derzeitigen Regierungsparteien, insbesondere CDU/CSU, davon profitieren. Sollte es aber eine vierte Welle geben, dann wird die Hauptregierungspartei – die Union – zur Rechenschaft gezogen werden. Im Übrigen ist auch schwer vorstellbar, dass enthusiastische Aktivisten in Bayern den Wahlkampf tragen werden. Laschet ist jetzt schon zu einer „Lame Duck“, einer lahmen Ente geworden. Markus Söder will nun allerdings Laschet „ohne Groll“ mit voller Kraft unterstützen. Werden sich die beiden Schwesterparteien CDU/CSU wirklich hinter Laschet versammeln?

In der Not werden sich die CDU und CSU zusammenraufen. Schließlich geht es nicht nur um die CDU, sondern auch um die CSU. Eine grobe Illoyalität Söders würde ihm angelastet werden. Allerdings: Mit Laschet ist eine Aufbruchsstimmung nur schwer vorstellbar. Er ist ein Kandidat ohne Charisma und Profil. Der CDU-Bundesvorstand hat fahrlässig einen suboptimalen Kandida-

ten gekürt.

Söder hatte im Ringen um die Kanzlerkandidatur erklärt, dass Personen gewählt würden und nicht Programme. Ist das die inhaltliche Bankrotterklärung der Union?

In Deutschland wird zunächst die Partei gewählt. Aber die Persönlichkeit der Kandidaten wird zunehmend wichtiger bei der Wahlentscheidung. Laschet ist weit weniger populär als Söder. Die Wahlentscheidung des CDU-Vorstandes war bestenfalls eingeschränkt rational. Söder wäre für die Wahlen der bessere Kandidat gewesen, ob der bessere Kanzler lässt sich nicht sagen. Jedenfalls muss ein Kanzler führungsstark sein. Und eben nicht nur vermitteln können. Beharrlichkeit, wie jene Armin Laschets, reicht für das hohe Amt nicht aus.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wollte sich explizit im Machtkampf neutral verhalten. Hat dies der Union geschadet?

Nein. Denn wir leben nicht in einer Monarchie, in der die Kanzlerin ihren Nachfolger bestimmen kann. Wir leben schließlich in einer Demokratie. Ein anderes Verhalten von Frau Merkel wäre selbst in der Union nicht gut angekommen. Deshalb war ihr zurückhalten des Verhalten parteikonform und demokratieangemessen.

Wörter: 512



Autor: Hans Monath [tmt79ouuqv11o71kz0qtjxy]
Seite: 7

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 74.444 (gedruckt) ¹ 99.526 (verkauft) ¹
 101.675 (verbreitet) ¹

Ressort: POLITIK
Rubrik: AGENDA

Reichweite: 0,309 (in Mio.) ²

¹ von PMG gewichtet 01/2021

² von PMG gewichtet 07/2020

Der Fluch der Funktionäre

Immer weniger SPD-Abgeordnete ziehen mit einem Direktmandat in den Bundestag. Verliert die Sozialdemokratie deshalb an Bodenhaftung?

Von Hans Monath

Es war die goldene Zeit der Sozialdemokratie, und Joachim Poß war so etwas wie ihr Sonnenkönig in dieser Ära. 37 Jahre lang gehörte der Sozialdemokrat nach 1980 dem Bundestag an, stets direkt gewählt in Gelsenkirchen. Immer wieder überzeugte der Finanzfachmann aus Nordrhein-Westfalen über die Hälfte der Wähler. Bei der Bundestagswahl 2005 holte er 59,7 Prozent der Erststimmen, vier Jahre später waren es 54,3 Prozent – ein Rekord, denn kein anderer SPD-Kandidat schaffte damals mehr. Drei Regierungen mit SPD-Beteiligung hat Poß, inzwischen 72, im Parlament gewählt, gestützt und kontrolliert, bevor er 2017 nicht mehr antrat: die sozialliberale, die rot-grüne und die große Koalition. Doch seine SPD hat sich stark verändert in den vergangenen zwanzig Jahren. In ihr sind Abgeordnete rar geworden, die ihren Wahlkreis direkt gewinnen konnten.

Im Jahr 1998, als die SPD stärkste Kraft und Gerhard Schröder Kanzler wurde, gewann sie 212 Wahlkreise direkt. 86 weitere Abgeordnete rückten außerdem über ihre Platzierung auf den Landeslisten der Partei in den Bundestag ein. Heute hat sich das Verhältnis umgekehrt – die Stimmanteile der SPD haben sich in dieser Zeit halbiert, von 40,9 auf 20,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2017. Die Sozialdemokraten errangen vor drei Jahren nur noch 58 Direktmandate. Fast doppelt so viele Parlamentarier, nämlich 94, standen auf vorderen Plätzen der SPD-Landeslisten und ergatterten so ihr Mandat.

Südlich von Frankfurt sucht man auf der Karte der Wahlkreisgewinner von 2017 vergeblich einen roten Fleck: In Bayern und Baden-Württemberg holte die SPD holte kein einziges Direktmandat. Und

auch im Osten war es jenseits von Berlin nur noch ein einziges: Manja Schüle, heute Kulturministerin in Brandenburg, gewann den Wahlkreis Potsdam/Mittelmark/Fläming II.

Dass schwindende Prozentzahlen und weniger Zuspruch auch weniger Einfluss und weniger staatliche Wahlkampfzuschüsse mit sich bringen, müssen die Sozialdemokraten bis heute ertragen. Aber verändert sich auch die politische Kultur der Partei, wenn immer mehr Abgeordnete nicht von ihrer regionalen Parteibasis legitimiert werden – und von Bürgern, die sich vom Kandidaten ein Bild machen können –, sondern von Landesparteitagen, auf denen Parteifunktionäre womöglich größeren Einfluss haben als an der Basis und in der Bevölkerung?

Der frühere Stimmenkönig Poß, der für seine Erfolge hart arbeitete und regelmäßig in allen Ortsvereinen seines Wahlkreises vorbeischaute, beschreibt das Phänomen vorsichtig so: „Es gibt einen gewissen Wahlopportunismus, der bei der Listenaufstellung womöglich noch ausgeprägter ist als bei der Wahl für einen Wahlkreiskandidaten.“ Sein Rat für den persönlichen Wahlkampf: „Bei Konflikten muss man zu seinen Überzeugungen stehen, das habe ich immer versucht.“

Ein anderer früherer SPD-Abgeordneter, Hans-Peter Bartels, wählt drastischere Worte. Fünf Mal gewann der spätere Wehrbeauftragte des Bundestages seinen Wahlkreis Kiel seit 1998 direkt. Der Mitgründer des pragmatisch orientierten „Netzwerk Berlin“ hat den Linksrück seiner Partei seit mehr als einem Jahrzehnt mit Skepsis beobachtet. „Wer auf Parteitagmehrheiten angewiesen ist, muss anderen Kriterien genügen als

jemand, der direkt gewählt wird“, sagt er heute: „Der Wahlkreis wird es einem danken, wenn man sich für die dortige mittelständische Wirtschaft einsetzt und damit Arbeitsplätze sichert, auf einem Landesparteitag nützt einem das gar nichts.“

Eine flächendeckende Dominanz des linken Parteiflügels bei der Listenaufstellung sieht Bartels allerdings nicht, denn die Bedingungen seien je nach Bundesland sehr unterschiedlich: „In Rheinland-Pfalz, wo die SPD seit 30 Jahren regiert, gibt es keinen Linksrutsch. In Bayern dagegen hat sich unsere Partei in der Opposition radikalisiert, ein Pragmatiker hat es dort schwer“, beschreibt er die Lage. Im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen, das einmal eine SPD-Hochburg war, ist die Partei seit vier Jahren in der Opposition. Bartels' Erwartung: „Ich fürchte, dass bei der Listenaufstellung auch dort das Bekenntnis zum linken Parteiflügel den Ausschlag geben wird.“ Eine regionale Ausdifferenzierung beschreibt auch der Politikwissenschaftler **Wolfgang Schröder** von der Universität Kassel. „Die politische Kultur ist von Landesverband zu Landesverband der SPD sehr unterschiedlich – manchmal sogar innerhalb eines Landes, man denke nur an die eher linke südhessische und pragmatischere nordhessische SPD.“ Die These, wonach die Abhängigkeit von Landesparteitagen, die die Landeslisten aufstellen, Bewerber zu „linkeren“ Positionen zwingt als das Werben um ein Direktmandat, weil Funktionäre der SPD weiter links stehen als die Parteimitglieder und die Wählerschaft, will der Professor für Politikwissenschaften allerdings nicht bestätigen. Er sieht eine andere Ursache

für Verschiebungen, welche die Erfolgchancen der Sozialdemokraten immer weiter schwächen: „In der SPD ist in den letzten Jahren ein neuer Populismus hoffähig geworden, der auf strukturelle machtpolitische Veränderungen verweist“, sagt der Wissenschaftler.

Es gebe „gegenwärtig kein klar definiertes Machtzentrum in der SPD, das sich engagiert mit populistischen Tendenzen auseinandersetzt“. Je schwächer die Parteiführungen aufgestellt seien, umso weniger repräsentativ falle die Vertretung von unterschiedlichen politischen Strömungen und sozialen Gruppen auf den Landeslisten aus. Das Ergebnis: „Dann sieht sich vom Ende her betrachtet ein immer kleiner werdender Teil der Gesellschaft von der SPD-Bundestagsfraktion vertreten.“ Und wer sich nicht von der SPD vertreten fühle, wähle sie dann auch nur selten.

Benjamin Höhne vom Institut für Parlamentarismusforschung in Berlin ist Spezialist für Entscheidungsfindung in deutschen Parteien. Er forschte mit anderen Wissenschaftlern seiner Organisation für das Projekt „#Buka2017“ bei rund 20 000 Mitgliedern der im Bundestag vertretenen Parteien mit Fragebögen nach ihren politischen Motiven. Etwa die Hälfte der Angeschriebenen antwortete. Zudem führten die Wissenschaftler vertiefte Interviews und protokollierten Parteitage. Für die Sozialdemokraten gilt im Unterschied zu den anderen Parteien laut Höhne: „Die SPD ist durch und durch eine Funktionärspartei.“

Trotzdem führe auch bei ihr an einem Gesetz kein Weg vorbei, das für alle Parteien gilt: Die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkreis sei in der Regel die Voraussetzung dafür, dass jemand einen aussichtsreichen Listenplatz überhaupt erringen kann.

Der Parlamentarismusforscher glaubt

nicht an die These, wonach die Listenaufstellungen die Gewichte in der SPD gleichsam automatisch nach links verschieben: „Die politische Ausrichtung innerhalb der SPD ist nach unseren Erkenntnissen höchstens das dritte Kriterium bei der Aufstellung der Landeslisten“, sagt er. Zuerst gehe es darum, dass jeder Wahlkreis oder Unterbezirk auf der Liste vertreten sei, als Zweites müsse wegen der Frauenquote der Geschlechterproporz stimmen. Die Folge: „Das lässt wenig Spielraum für einen Landesvorstand oder erst recht nicht die Berliner Parteiführung, von oben im Sinne bestimmter politischer Ziele einzugreifen.“

Der deutsche Diplomat und langjährige Sozialdemokrat Volker Stanzel erkennt bei der Aufstellung der Kandidaten Mechanismen, die die Kluft zwischen der Partei und den Menschen vergrößern, die sie vertreten will – und das nicht nur beim Ringen um einen guten Platz auf der Landesliste, sondern auch bei der Kür der Wahlkreis Kandidaten: „In den lokalen Gremien der Parteien schafft jahrelanges gemeinsames Ringen um die Macht ein nestwarmes ideologisches Binnenklima“, sagt Stanzel. Der frühere deutsche Botschafter in Peking und Tokio war 48 Jahre lang Genosse, bevor er aus Protest gegen die große Koalition 2013 austrat. Kandidaten mit Interesse an gremienfremden Themen, und da zähle auch Außenpolitik dazu, „finden sich unausweichlich als Fremdkörper ins Abseits gedrängt wieder“, beschreibt Stanzel seine Erfahrungen. Dazu bedürfe es nicht einmal des bösen Willens der Funktionäre, meint der Autor eines Buches über den schwindenden Rückhalt der Diplomatie in der Öffentlichkeit („Die ratlose Außenpolitik“): „Wahl um Wahl verringert sich so die Zahl der Abgeordneten mit Blick über den Horizont des Partei-

apparats hinaus.“

Auch Parlamentarismusforscher Höhne glaubt, bei allen Parteien sei „Nestbindung viel wichtiger als etwa außen- und sicherheitspolitische Kompetenz“. Lange Erfahrung in der Region und gut ausgebaute Netzwerke bildeten das politische Kapital. Anerkennend heiße es dann: „Das ist einer von uns!“ Die Schlussfolgerung des Wissenschaftlers: „Das deutsche Rekrutierungswesen hat deshalb eine gewisse provinzielle Note, aber die Anbindung an die Parteibasis und im besten Fall an die Bevölkerung des Wahlkreises hilft auch, dass deren Anliegen ins Parlament transportiert werden.“

Während Höhne den Spielraum der Parteiführung bei der Kandidatenaufstellung für gering hält, ist der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Post vom Gegenteil überzeugt. Weil die oberbayerische SPD nicht ihn, sondern einen anderen Kandidaten auf ihre Bundestagsliste wählte, attackierte er Parteichefin Saskia Esken und Parteivize Kevin Kühnert: „Alles soll in der SPD jetzt auf links gebürstet werden, und wer da nicht mitmacht, wird abgestraft.“

Esken war 2017 über die Landesliste Baden-Württemberg in den Bundestag eingezogen – weit hinten auf Platz 15. Während ihr Co-Chef Norbert Walter-Borjans kein Mandat anstrebt, kandidiert sie wieder. Am 8. Mai entscheidet der Landesparteitag über die Listenplätze.

1998 Mit Gerhard Schröder gewann die SPD noch 212 Direktmandate. 86 Abgeordnete zogen über die Landeslisten in den Bundestag ein. Fotos: PA/Niedringhaus; Imago/Shan Yuqi

2017 Vor dreieinhalb Jahren errang die SPD mit Martin Schulz nur noch 58 Direktmandate – und 94 über die Listen.

Autor: Marc Oliver Rühle und Albert Link
Seite: Online 19.04.2021 20:36 Uhr
Ressort: Politik

Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 15,30 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 1,89 (in Mio.)²

Rubrik: Politik

Weblink: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/phaenomen-oeko-partei-wie-hoch-koennen-die-gruenen-mit-baerbock-fliegen-76116578.bild.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2021

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2021-02 vom 05.03.2021, Gesamtbevölkerung 16+

Politik-Experten zur Grünen-Entscheidung

Kann SIE die neue Merkel werden?

Kann auf Merkel wieder eine Frau folgen? Die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock (40) soll ihre Partei als Kanzlerkandidatin in die Bundestagswahl führen! Der Bundesvorstand der Grünen nominierte sie am Montag für den Spitzenposten. *Die Entscheidung muss noch auf einem Parteitag vom 11. bis 13. Juni bestätigt werden. Die Zustimmung gilt als sicher. Die Bundestagswahl findet am 26. September statt.* Monatlang spekulierten damit: Die Partei hatte die Klärung der Kandidatenfrage ihren beiden Parteivorsitzenden Baerbock und Robert Habeck (51) überlassen, die sich geräuschlos untereinander verständigten. *Doch welche Chancen hat die neue Kanzlerkandidatin der Grünen bei der Bundestagswahl?* Das sagen Politik-Experten ► *"Annalena Baerbock steht für Kompetenz, Sachlichkeit und Durchsetzungskraft, also Eigenschaften, die man früher eher Männern zugeschrieben hat. Diese Kandidatur wird den Wahlkampf beflügeln. Nicht nur viele junge Menschen werden Frau Baerbock wählen",* so Prof. Volker M. Heins vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen gegenüber BILD. ► *"Frau Baerbock ist eine nachvollziehbare Wahl, die übrigens durch das Zustandekommen auch Herrn Habeck stärkt. Dramatisch ist der Unterschied der Verfahren zwischen der CDU/CSU und den Grünen. Das war auf Seite der Grünen professionell",* so Prof. Dr. Michael Zürn von der FU Berlin. ► Politikwissenschaftler Prof. Jürgen W. Falter (Uni Mainz) zu BILD: *"Die Grünen liegen derzeit rund 10 Prozentpunkte in der Wählergunst hinter den Unionsparteien. Das ist eine Differenz, die nur schwer in ihr Gegenteil umgekehrt werden kann. Unmöglich ist es nicht, aber dann müssten die Grünen*

nicht nur alles richtig machen, sondern die Union auch alles falsch, und beides ist nicht zu erwarten." Und weiter: *"Was die Grünen allerdings erreichen könnten, ist so weit gegenüber der Union aufzuholen, dass sie unter günstigen Umständen eine Koalition gegen CDU und CSU bilden könnten, sei es als Ampel oder als grün-rot-rote Koalition. Gegen ein Überholen der Union durch die Grünen bei den Wählern spricht das Wahlprogramm der Grünen, das doch manche Grausamkeiten enthält, durch die konservativere Gemüter, aber auch Liberale abgeschreckt werden dürften. Auch dürfte sich die Tatsache, dass Frau Baerbock politisch noch relativ unverbraucht ist, im Verlaufe eines hart geführten Wahlkampfes etwas abnutzen."* ► *"Baerbock als Kandidatin war zu erwarten. Nachdem es in der Einschätzung von Kompetenz und Wählerwirksamkeit so gut wie keinen Unterschied zu Habeck gab, musste dieser ihr fast unausweichlich den Vortritt lassen, wie er es auch angekündigt hatte. Angesichts der wachsenden Neigung der Wählerschaft zum Unkonventionellen ist das ein attraktives Angebot, bei dem mangelnde Regierungserfahrung nicht so sehr ins Gewicht fällt. Die Partei steht hinter ihr",* so der Politikforscher Prof. Dr. Heinrich Oberreuter zu BILD. Und weiter: *"Würde sie von der Kandidatin zur Kanzlerin werden, wäre es eine Überraschung - oder eine Folge der Inkompetenz der Union, einen überzeugenden Wahlkampf zu führen."* ► *"Mit der Wahl gehen die Grünen ein Risiko ein, aber es ist geringer als mit einem Kandidaten Habeck. Baerbock trumpft auf mit Sachorientierung und Kompetenz als auch mit einem jugendlichen und abgeklärten Feminismus. Damit bindet sie in jedem Fall den grün-*

nen Wählerstamm. Was sie nicht hat, ist das Alpha-Tier-Ambiente der politischen Führungsmänner, mit denen Robert Habeck ein wenig mehr sich hätte anlegen müssen", so Politikforscher Prof. Dr. Hans J. Lietzmann von der Uni Wuppertal zu BILD. Und weiter: *"Baerbock ist aber das unmittelbare Gegengift zu dem populistischen Impuls, mit dem Söder gerade nach Trump-Manier die eigene Parteifamilie zu überrumpeln sucht. Aber auch zu dem pastoralen, eher politikfernen Ausgleichsmodus von Armin Laschet. Es wird sehr spannend sein, ob die deutschen Wähler sich 'nach-pandemisch' auf dieses nachdenkenswertes Angebot der Grünen einlassen werden."* ► *INSA-Chef Hermann Binkert: "Die Grünen sind mit Abstand die stärkste Kraft links der Mitte. Sie haben zwar deutlich weniger sichere Wähler als die Union, aber ein höheres zusätzliches Wählerpotenzial. Unter günstigsten Bedingungen könnten sie die CDU/CSU als stärkste Kraft sogar überholen. Danach sieht es im Moment nicht aus, aber bis zur Bundestagswahl sind es noch gut fünf Monate. Auf jeden Fall haben die Grünen eine gute Chance, in einer Ampelkoalition mit SPD und FDP die Bundeskanzlerin zu stellen."* ► Die Grünen haben nach den Worten von Forsa-Chef Manfred Güllner mit der Nominierung am Montag eine gute Wahl getroffen: *"Die Aussichten bei der Bundestagswahl sind für die Grünen mit Baerbock vielleicht ein bisschen besser geworden",* sagt er der Nachrichtenagentur Reuters. Sie stehe für einen modernen Politikstil. *"Das ist sicherlich unter den aktuellen Rahmenbedingungen eine richtige Entscheidung."*

Wörter: 708
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH